



Presseschau vom 24.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen [aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot](#) ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und [ukrainische Quellen in Blau](#) ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen [aus Sozialen Netzwerken](#) sind [violett](#) gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Maas kommentiert Fall der letzten IS-Bastion in Syrien**

Die letzte IS-Bastion in Syrien ist gefallen, die Terrormiliz hat keine größeren Stützpunkte mehr. Nun hat Bundesaußenminister Heiko Maas die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ gelobt.

Wie die dpa berichtet, hat Maas nach der Befreiung der letzten IS-Bastion die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gewürdigt.

Wie Maas am Samstag laut dem Auswärtigen Amt sagte, sei für diesen Erfolg „zivilis und militärisches Engagement“ ausschlaggebend gewesen sowie die Tatsache, dass die beiden Komponenten eng ineinander gegriffen hätten.

„Deutschland hat dazu einen wichtigen Anteil beigetragen“, so Maas.

Dennoch geht laut dem Bundesaußenminister vom IS weiter eine erhebliche Gefahr aus. Die Gruppe habe ihre Terroraktivitäten in Syrien und im Iran in den Untergrund verlagert.

„Wir werden diese Bedrohung nicht unterschätzen. Deshalb geht das gemeinsame Engagement der Anti-IS-Koalition weiter. Aus deutscher Perspektive bleibt die Stabilisierung der vom IS befreiten Gebiete entscheidend“, sagte Maas.

Die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) hatten am Samstag die letzte IS-Bastion Baghus im Osten des Landes für befreit erklärt.

„Wir stehen hier, um den Sieg über Daesh zu verkünden“, sagte SDF-Kommandeur Maslum Kobane bei einer Militärzeremonie am ostsyrischen Ölfeld Omar.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32445/03/324450364.jpg>

Dan-news.info: „Judasorden“ für Poroschenko

Arbeiter eines Metallbetriebes der Hauptstadt der DVR haben mit der Anfertigung einer „Auszeichnung“ für den ukrainischen Präsidenten Poroschenko aus Resten ukrainischer Munition, die auf die Republik abgefeuert wurde, begonnen. Das berichtete der Pressedienst der Gesellschaftlichen Bewegung *Donezkaja Respublika*.

Nach Angaben des Pressedienstes wird das Objekt einen Durchmesser von zwei Metern haben und etwa zwei Tonnen wiegen. Aktivisten der Bewegung haben den Prozess verfolgt. Die Überreichung an den Adressaten ist für den Wahlsonntag in der Ukraine, den 31. März, vorgesehen. „Wir alle haben diese Granatsplitter gesammelt. Der fürchterliche Beschuss hat viele Menschen das Leben gekostet. Deshalb sage ich mit Überzeugung: ‚Poroschenko ist dieser Auszeichnung würdig‘“, sagte die Leiterin Kujbyschewer Stadtteilgruppe der *Donezkaja Respublika*, Olga Grischanowa. „Wir begleiten den Prozess auch weiter und können es gar nicht abwarten, den verdienten ‚Judasorden‘ für die zerstörten Häuser und die getöteten Verwandten und Bekannten zu überreichen, damit er den ganzen Schmerz der Einwohner des Donbass zu spüren bekommt“, sagte die Assistentin des Abteilungssekretärs der *Donezkaja Respublika* in Gorlowka, Wiktorija Shukowa. Die öffentliche Aktion „Judasorden“ war am 12. Februar von Einwohnern Gorlowkas ins Leben gerufen worden. Die Sammlung der Munitionsreste fand vor dem Hintergrund des Präsidentschaftswahlkampfs in der Ukraine statt. Am 18. März sind in Donezk die Gewinner für den besten Entwurf der „Auszeichnung“ genannt worden und heute hat die Bewegung die Arbeiten vorgestellt. Als „Judasorden“ wird eine Auszeichnung bezeichnet, die der Hauptmann des Saporoshjer Heeres Iwan Masepa 1709 erhielt. Er hatte unmittelbar vor der Schlacht von Poltawa – einer Schlüsseler Entscheidung im Nordischen Krieg – Russland verraten und ist zum Feind, dem schwedischen König, übergelaufen. Der Orden bestand aus fünf Kilogramm Silber; auf ihm war ein am Baum hängender Judas Iskariot dargestellt, ihm zu Füßen liegend 30 Silberlinge. Die Inschrift lautete: „Der Sohn der Verdammnis, der unheilbringende Judas, hat sich wegen seiner Geldgier erhängt“.

de.sputniknews.com: **Syrien: 21 Menschen mit Gas-Vergiftungserscheinungen in Krankenhaus eingeliefert**

In der syrischen Provinz Hama könnte es zu einem erneuten Giftgasangriff der Terroristen auf die Zivilbevölkerung gekommen sein. Laut dem syrischen staatlichen Fernsehen wurden 21 Menschen mit Gas-Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus eingeliefert, nachdem es dort zuvor zu einem Beschuss durch Terroristen gekommen war.

Der Beschuss durch Terroristen habe sich in der Stadt Al-Suqaylabiyya ereignet. Kurze Zeit später hätten 21 Menschen Gas-Vergiftungserscheinungen gehabt und mussten in ein Krankenhaus gebracht werden.

„Der Direktor des republikanischen Krankenhauses in Al-Suqaylabiyya hat bestätigt, dass 21 Patienten aufgrund des Einatmens von Giftgas in das Krankenhaus eingewiesen worden waren, nachdem mehrere Granaten von Terroristengruppen auf die Stadt gefallen waren“, berichtet der Fernsehsender Ikhbariya unter Verweis auf eigenen Korrespondenten vor Ort. In den syrischen Provinzen Hama und Latakia kommt es regelmäßig zu Mörser- und Granatenbeschuss durch Terroristen. Besonders betroffen sind davon Dörfer im Norden von Hama und im gebirgigen Teil Latakias.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32221/14/322211432.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **„Die Flieger müssen fliegen“: Maas verspricht Einhaltung der Nato-Versprechen**

Außenminister Heiko Maas hat bekräftigt, dass die Bundesregierung die Versprechen an die Nato in Sachen Verteidigungsausgaben einhalten wird. Laut dem SPD-Politiker muss es eine Ausrüstungsdebatte geben, „weil die Flieger fliegen und die Schiffe fahren müssen“.

„Man muss sich an Dinge halten, die man vereinbart hat. Wenn wir uns dazu verpflichtet haben, wie alle anderen Nato-Verbündeten auch, gilt das“, sagte Maas der „Welt am Sonntag“. Der Beitrag liegt der Deutschen Presse-Agentur vor.

Die Koalition habe einen Weg beschrieben, wie sie bis 2024 die 1,5 Prozent erreichen wird. Zum Zwei-Prozent-Versprechen sagte Maas: „Wir werden uns Schritt für Schritt dahin bewegen. Das wird keine Aufrüstungsdebatte, sondern eine Ausrüstungsdebatte, eben, weil die Flieger fliegen und die Schiffe fahren müssen.“ Die Nato-Mitglieder haben sich das Ziel gesetzt, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben.

Die Debatte um die deutschen Verteidigungsausgaben war in den vergangenen Tagen erneut aufgeflammt, nachdem die Eckwerte für den Haushalt 2020 bekannt wurden. Sie sehen zwar mehr Geld für Verteidigung vor, allerdings weniger als von Ressortchefin Ursula von der Leyen (CDU) gefordert. Unter anderem US-Botschafter Richard Grenell hatte den Haushaltsplan als „inakzeptabel“ kritisiert. Mehrere deutsche Politiker verboten sich daraufhin eine Einmischung in interne Angelegenheiten.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5** und **Kalinowka**.

Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen darunter großkalibrigen.

Deutsch.rt.com: 20. Jahrestag des Angriffskrieges gegen Jugoslawien: Kriegsverbrechen und Kriegslügen

Ralph Hartmann

Am 24. März jährt sich zum 20. Mal der Tag, an dem NATO-Bomber von ihren Basen in den USA, Deutschland, Italien und Flugzeugträgern starteten, um ihre todbringende Fracht ins Ziel zu bringen: Hunderte Krankenhäuser, Fabriken und Schulen fielen den Bomben zum Opfer.

54 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands wurde in Europa wieder Krieg geführt. Und die Bundeswehr war dabei. Deutsche ECR- und Recce-Tornados flogen in der ersten Staffel. Sie trugen am Rumpf das gleiche Balkenkreuz wie einst die Stukas, die im April 1941 auf Befehl Hitlers über Jugoslawien herfielen und Belgrad in Schutt und Asche legten. Dieses Mal währte der Krieg gegen das Balkanland nicht vier Jahre, sondern nur 78 Tage, an denen jedoch mehr Sprengstoff eingesetzt wurde als während des ganzen Zweiten Weltkrieges gegen das damalige, wesentlich größere jugoslawische Königreich.

Bereits während des Krieges pries der Verteidigungsminister und Ex-SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping die "Heldentaten" der deutschen Tornado-Piloten. Sie wurden hoch dekoriert, aber ihre Namen und jeweiligen Kriegsverdienste wurden – wie ungewöhnlich doch für die deutsche Kriegsgeschichte – der Öffentlichkeit verschwiegen. Scharping rühmte deutschen Heldenmut in einem Krieg, den Deutschland angeblich gar nicht geführt hat. Gut erinnerlich sind schließlich die Worte, die Bundeskanzler Gerhard Schröder am Abend des Überfalls über Funk und Fernsehen an die "lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern" richtete:

„Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.“

Die Folgen des Nicht-Krieges waren schrecklich. Zertrümmert oder demoliert wurden 60 Brücken, 19 Bahnhöfe, 13 Flughäfen, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, Kirchen, Kultur- und historische Gedenkstätten, darunter der Park des Gedenkens an die im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht erschossenen 7.000 jugoslawischen Bürger. Mit herkömmlichen und Graphitbomben wurden die Hauptelektrizitätswerke angegriffen und über längere Zeiträume bis zu 70 Prozent der Bevölkerung von der Stromversorgung abgeschnitten. Die Auswirkungen für die Grundversorgung der Zivilbevölkerung, für Krankenhäuser, Geburtskliniken, Inkubatoren, Wasserpumpen und viele andere Bereiche waren katastrophal, zeitweilig konnte die Bevölkerung durch den Ausfall der Alarmsirenen nicht einmal mehr vor den Angriffen der Terrorpiloten gewarnt werden. Zerschlagen wurden die Relaisstationen für Rundfunk und Fernsehen, darunter die in der unmittelbaren Nähe der nationalen Gedenkstätten auf dem Avala-Berg bei Belgrad und dem Lovćen in Montenegro. Zerstört oder beschädigt wurden 110 Krankenhäuser, lebensnotwendige medizinische Geräte, Hilfs- und Arzneimittel. Infolge der Bombardierung von Straßen, Brücken und Bahngleisen sowie des Kraftstoffmangels nach der Zertrümmerung der Raffinerien musste die Behandlung von Patienten mit chronischen Herz- und Nierenerkrankungen, von Diabetes- und Krebspatienten unterbrochen oder verspätet durchgeführt werden. Der wochenlange Aufenthalt in Schutzkellern führte bei vielen zum Ausbruch von schweren Darmerkrankungen.

In Schutt und Asche gelegt wurden 121 Industriebetriebe, in denen 600.000 Jugoslawen in Arbeit standen. Rund 2,5 Millionen Menschen verloren damit ihre Existenzgrundlage. Über 2.500 Menschen wurden getötet, mehr als 10.000 schwer oder leicht verletzt. 30 Prozent aller Getöteten und 40 Prozent der Verstümmelten und Verletzten waren Kinder.

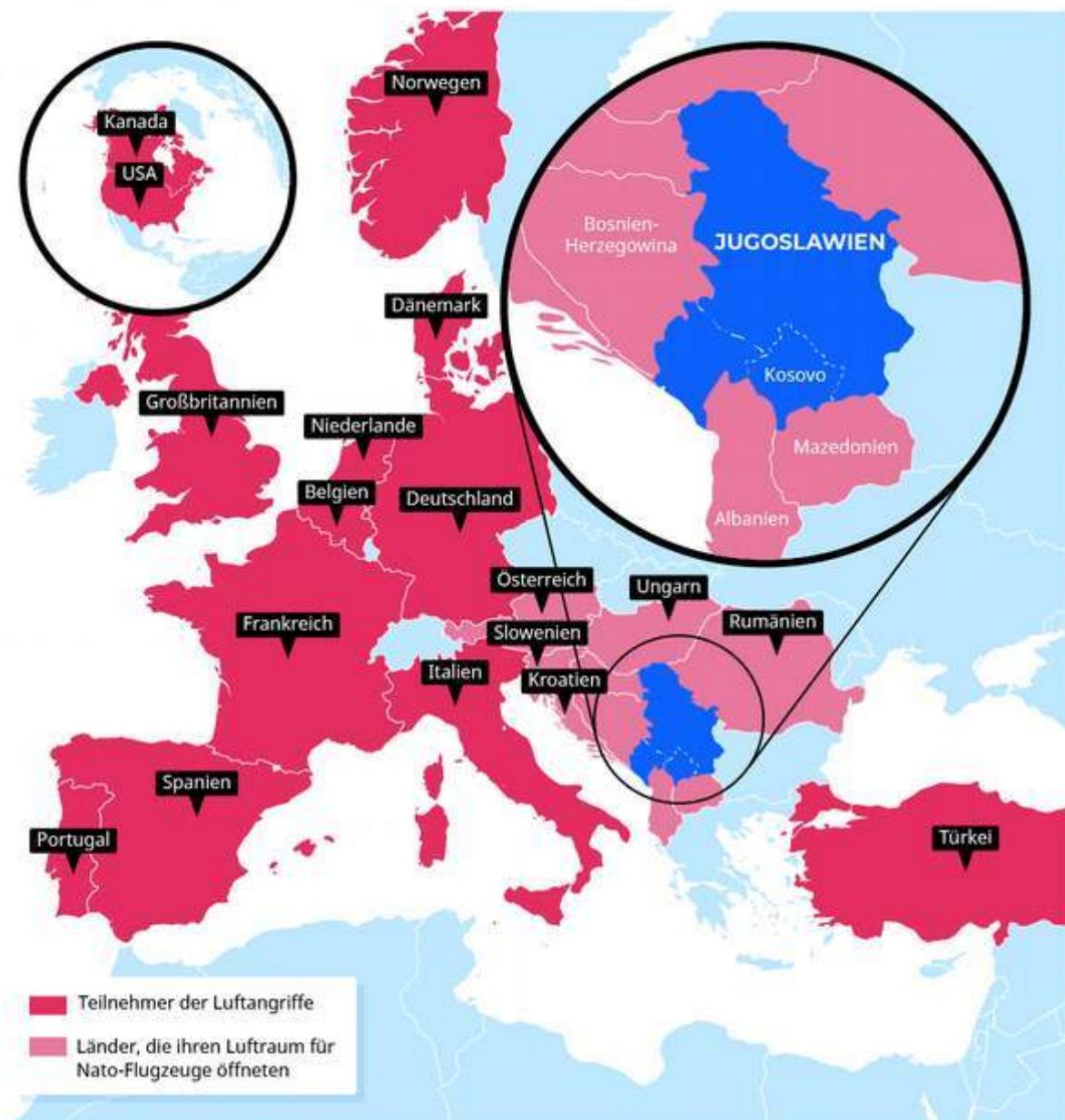
(gekürzt, vollständiger Artikel unter <https://de.rt.com/1ui0>)

de.sputniknews.com: **Nato-Militäroperation gegen Jugoslawien: Die Geschichte des Konflikts**

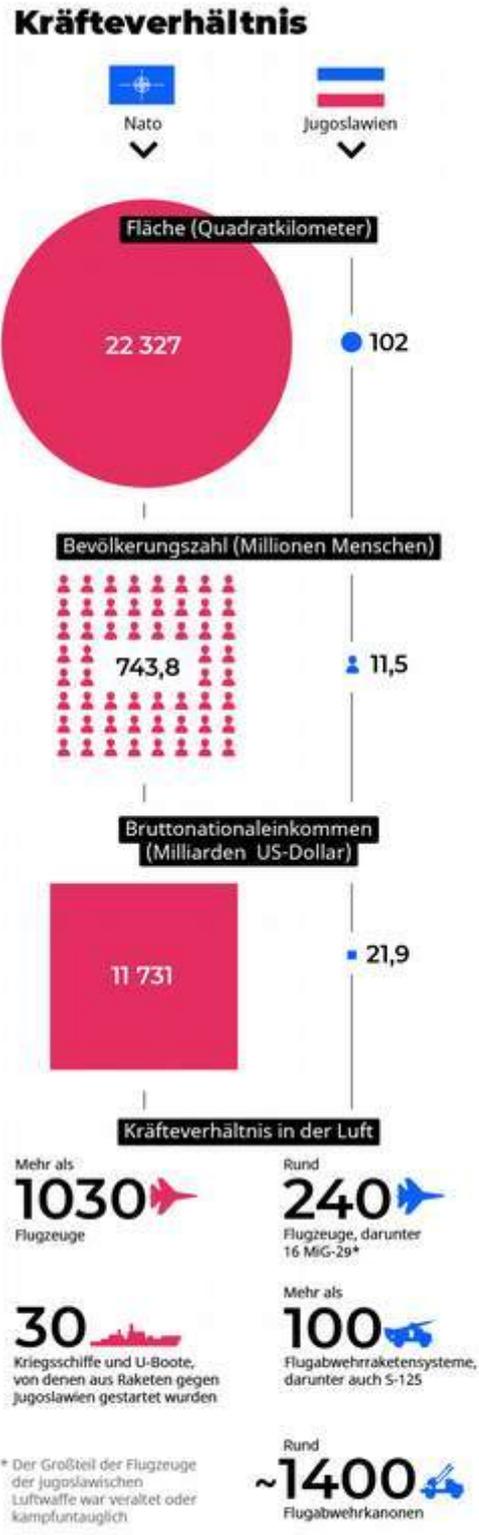
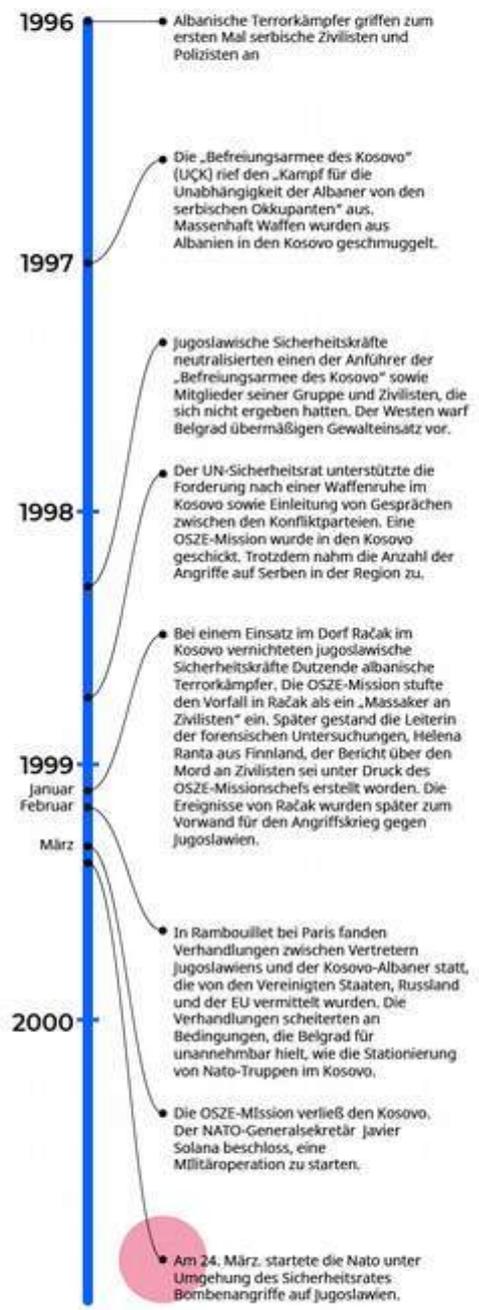
Am 24. März startete die Nato unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates Bombenangriffe auf Jugoslawien.

Nato-Militäroperation gegen Jugoslawien: die Geschichte des Konflikts

Die Nato-Bombenangriffe auf Jugoslawien begannen am 24. März und endeten am 10. Juni 1999. Nach verschiedenen Angaben kamen dabei rund 2500 Jugoslawen ums Leben.



Die Vorgeschichte der Nato-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens



Quellen: Offene Daten, topwar.ru, rtv.rs, Smiljanic Spasoje „NATO-Aggression in der Bundesrepublik Jugoslawien“, Belgrad, 2009



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32443/78/324437867.png>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 23. März 3:00 Uhr bis 24. März 3:00 Uhr
 Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit:

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Mineralnoje, Jasinowataja, Spartak, Staromichajlowka, Sachanka.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 37.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 334.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Maduro: „Marionette des Teufels wollte mich töten“**

Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro will ein Mordkomplott der Opposition gegen sich entlarvt haben, hinter dem der selbsternannte Präsident Juan Guaidó persönlich gestanden haben soll.

„Wir haben erst gerade einen Plan entlarvt, den die Marionette des Teufels persönlich leitete, um mich zu töten“, sagte Maduro am Samstag im venezolanischen Fernsehen. Er habe Beweise, versicherte der Präsident. Er wollte sich nicht näher zu dem angeblichen Mordplan der Opposition äußern, machte jedoch die USA mitverantwortlich.

Als „Marionette des Teufels“ bezeichnete Maduro während seiner Ansprache wiederholt seinen Widersacher Juan Guaidó. Der 35-jährige Oppositionschef hatte sich während der Proteste gegen die Regierung Ende Januar zum neuen Präsidenten Venezuelas erklärt und wurde von den USA und mehreren EU-Staaten, darunter auch von Deutschland, als solcher auch anerkannt.

Experten kritisierten diese Anerkennung als eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas. Viele weitere Staaten, darunter auch die UN-Vetomächte Russland und China, sehen den seit 2013 regierenden Maduro weiter als legitimen Staatschef an.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32445/38/324453812.jpg>

Wpered.su: Eine Rechenschafts- und Wahlkonferenz der Gorlowker Stadtorganisation der KP der DVR fand statt

Am 23. März fand eine Berichts- und Wahlkonferenz der Gorlowker Stadtorganisation der Kommunistischen Partei der DVR statt. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. Die Teilnehmer der Konferenz erörterten den Bericht über die Arbeit ihrer Organisation im Berichtszeitraum. Als positiven Faktor in ihrer Arbeit unterstrichen die Kommunisten die Strukturierung der Stadtorganisation, die Schaffung von drei Bezirksorganisationen: im Zetralstädtischen, im Nikitowskij- und im Kalininskij-Bezirk. Die Aufgabe ist es, die wieder geschaffenen Parteistrukturen zu stärken.

Bei den Beiträgen wurde der Notwendigkeit der Parteibildung sowie der praktischen Anwendung der marxistisch-leninischen Theorie auf die Realitäten unserer Republik besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Genossen I. W. Gretschko und A. A. Sarana sprachen über ihre Erfahrungen bei der Arbeit unter Studenten und der Jugend.

Im Berichtszeitraum wurde ein Pionierorganisation gegründet, aber es gibt Schwierigkeiten mit der Organisation der Arbeit der Komsomol-Organisation. Die Aufgabe des neuen Parteikomitees ist es, der Jugend bei der Auswahl, der Ausbildung und der Stärkung der Kader der städtischen Komsomol-Organisation zu helfen.

Bei ihren Beiträgen äußerten die Kommunisten ihre Besorgnis und manchmal auch Empörung darüber, dass in der Republik gesetzwidrige und ideologisch provokative Handlungen bezüglich der Aufhebung der Registrierung der Kommunistischen Partei der DVR erfolgt sind. Vor Ort ist ein „stiller Widerstand“ und eine Behinderung bei der Verbreitung von Informationen über die Arbeit der kommunistischen Organisation festzustellen.

Ein Problem der gesamten Partei ist das Fehlen einer gedruckten Zeitung. Nicht alle Kommunisten haben die Möglichkeit, sich mit der elektronischen Version der Zeitung des ZK der KP der DVR „Wperjod“ bekannt zu machen.

An der Rechenschafts- und Wahlkonferenz der Gorlowker Stadtorganisation der KP der DVR nahm der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow teil, er sprach dort und antwortete auf zahlreiche Fragen. Vor seinem Beitrag überreichte er im Namen der Redaktion von „Wperjod“ Inna Gretschko eine Urkunde für ihren Beitrag zur Entwicklung der kommunistischen Presse. In seinem Beitrag charakterisierte er die Lage in der Republik im Vorfeld des fünften Jahrestags der Ausrufung und Gründung der Donezker Volksrepublik. Boris Alexejewitsch führte Beispiele der praktischen Arbeit der Kommunisten anderer Parteiorganisationen an, deren Erfahrung auch für die Kommunisten Gorlowka zu übernehmen nützlich wäre. Unter den Aufgaben, die vor den Gorlowker Kommunisten stehen, muss besondere Aufmerksamkeit nicht nur der Arbeit innerhalb der Parteiorganisationen, sondern auch mit breiten Massen der parteilosen Bevölkerung gewidmet werden. In jedem in der Stadt noch bestehenden funktionsfähigen Unternehmen muss eine Parteigruppe gegründet werden, um die Ideen der Partei in das Bewusstsein der Werktätigen zu bringen. Während der Erörterung konkreter Situationen, die bei der Parteiarbeit aufkommen, legten die Kommunisten Gorlowkas gemeinsam mit dem ersten Sekretär des ZK der KP der DVR praktische Formen und Methoden der Arbeit in der Stadt fest.

Die Konferenz wählte ein neues Gorlowker Stadtkomitee aus 15 Personen. Als erster Sekretär des Stadtkomitees wurde einstimmig Eduard Matjucha wiedergewählt. Als Sekretär des Stadtkomitees wurden die Genossen I. I. Pyshkow und I. W. Gretschko gewählt. Vorsitzender der Kontroll- und Revisionskommission wurde W. F. Anpilow.

de.sputniknews.com: „Menschenrechts-Bomber“: Warum die Nato samt Bundeswehr 1999 Jugoslawien überfiel

Tilo Gräser

Der österreichische Historiker und Publizist Hannes Hofbauer beobachtet seit Jahrzehnten die Entwicklung auf dem Balkan. Dazu gehören die jugoslawischen Teilkriege und der sogenannte Kosovo-Krieg vor 20 Jahren. Im Interview äußert er sich zum völkerrechtswidrigen Angriff auf Rest-Jugoslawien und den Hintergründen.

Warum hat die Nato am 24. März 1999 das damalige Rest-Jugoslawien überfallen? Was ist von der damaligen Begründung, die Kosovaren schützen zu müssen, zu halten?

Der Nato-Angriff war der Schlusspunkt im Zerfallsprozess Jugoslawiens, bei dem innere Schwächen und nationale Fliehkräfte von außen zur Katastrophe dynamisiert wurden. Zugleich kennzeichnet das Datum das Ende der europäischen Nachkriegszeit. Der Krieg kam damit nach Europa zurück. Entscheidend für den von der Uno nicht gebilligten Angriff war letztlich die Erkenntnis der westlichen Allianz, den gewünschten Regimewechsel mit politischem Druck allein nicht herbeiführen zu können. Slobodan Milošević war im Westen bereits seit der Jahreswende 1990/1991 zur Feindbild-Figur geworden. Damals stoppte Belgrad den Jeffrey Sachs/Ante Marković-Plan des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Jugoslawien eine Schocktherapie mit Austeritätsmaßnahmen, also Sparmaßnahmen, verordnet hatte. Belgrad warf die Gelddruckmaschine an und druckte Dinars für die Entlohnung von Staatsangestellten und Militärs. Der IWF-Kurs war damit unterlaufen, Sachs zog nach Ljubljana und Warschau weiter.

Das Argument von der nationalen Selbstbestimmung, die den Kosovo-Albanern von Belgrad vorenthalten würde und für die die Nato in den Krieg ziehen müsse, diente als Vorwand. Eine Kritik an der jahrelangen serbischen Repression gegen Kosovo-Albaner macht diese Einschätzung nicht überflüssig. Aber der Nato ging es nicht um Menschenrechte.

Wer waren die Kriegstreiber? War das die bundesdeutsche Regierung? Die spielte ja schon bei den Sezessions-Kriegen in Jugoslawien eine unrühmliche Rolle, indem sie zuallererst Kroatien und Slowenien anerkannte – trotz Warnung des UN-Generalsekretärs Perez de Cuéllar.

Die erste Unterstützung von außen für kroatische und slowenische Sezessions- bzw. Unabhängigkeitswünsche kam aus Deutschland und Österreich. Die beiden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Alois Mock hefteten sich damals das Schlagwort von der „nationalen Selbstbestimmung“ auf ihre Fahnen. Nach der Zerschlagung Jugoslawiens hält man davon in Westeuropa allerdings nicht mehr viel. Nationale Selbstbestimmung wird seither stattdessen von liberalen Kreisen als Nationalismus diskreditiert. Damals, im Juni 1991, verkündete US-Außenminister James Baker in Belgrad noch, dass die USA die Unabhängigkeit der beiden Teilrepubliken nicht anerkennen würden. Mit der Gründung der bosnisch-kroatischen Föderation im Jahr 1995 meldete sich Washington als führende Kraft zurück auf den Balkan.

Der Krieg 1999 ging von den USA aus, die hatte bereits Monate zuvor die sogenannte „Activation Order“ erlassen. Das war eine offene Kriegsdrohung an Belgrad, sich aus dem Kosovo zurückzuziehen, sonst würde die Nato eingreifen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte den schrittweisen Rückzug überwacht, bis ihr Leiter vor Ort, der US-Amerikaner und frühere CIA-Mann William Walker, ein Massaker im Dorf Račak ohne große Untersuchung sogleich der serbischen Seite anlastete. Die anschließenden Verhandlungen in Rambouillet brachten kein Ergebnis, weil Belgrad dem US-Plan, das gesamte serbische Territorium als Nato-Aufmarschgebiet nutzen zu wollen, nicht zustimmte – und auch nicht zustimmen konnte, wäre das doch das Ende seiner Souveränität gewesen. Die EU setzte dem US-Kriegsplan in Rambouillet nichts entgegen. Ihr Verhandler, der Österreicher Wolfgang Petritsch, ist mitverantwortlich für den ersten Kriegsgang in Europa nach 1945.

Welche Rolle spielten die deutschsprachigen Medien bei diesem ersten Krieg Deutschlands nach 1945?

Bei den führenden deutschen Blättern, insbesondere bei der „Zeit“ und der „Süddeutschen

Zeitung“, fühlte man sich an die Hetzschriften von vor dem Ersten Weltkrieg erinnert, die im berüchtigten Kürzel „Serbien muss sterben“ gipfelten. Die linke Presse, „junge Welt“ und „Neues Deutschland“, bezogen hingegen klare Anti-Kriegspositionen, was ihnen auch starken Zulauf und höhere Verkaufsauflagen brachte. Denn viele Deutsche wollten den Krieg nicht, den ihre Regierung und die meinungsbildenden Medien betrieben und für gut hießen.

Der Angriff auf Jugoslawien gilt als eines der ersten Beispiele einer „humanitären Intervention“ Wie ist das im Rückblick einzuschätzen? Selbst Altbundeskanzler Helmut Schmidt hatte am 20. Mai 2008 in der Maischberger-Talkshow interessante Erkenntnisse zum Thema „Humanitärer Krieg“ kundgetan und gefordert, dass sich Regierungen nicht einmischen sollen. Wenn sie es tun, gebe es meist nur imperiale und koloniale Gründe, wie schon vor hundert Jahren und so auch im Fall Kosovo.

Eine humanitäre Intervention kann nur eine friedensfördernde Intervention sein, niemals ein Krieg. Die Nato als Militärbündnis ist ohnedies für eine „humanitäre Intervention“ völlig ungeeignet. Und die EU hat sich mit dem Amsterdamer Vertrag 1997 ebenfalls einer Kriegslogik verschrieben, indem dort ihre außenpolitischen Aufgaben neu definiert wurden, nämlich von friedenserhaltenden zu friedensschaffenden Interventionen, was einen Euphemismus für militärischen Eingriff darstellt. Der Amsterdamer Vertrag ist zwar erst im Mai 1999 in Kraft getreten, also knapp nach dem Nato-Angriff auf Jugoslawien, aber die „Menschenrechts-Bomber“ aus Deutschland und anderen europäischen Nato-Staaten waren schon im März unterwegs.

Was waren die tatsächlichen Interessen, diesen Krieg zu führen? Sie haben ja 2008 ein Buch über das „Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus“ veröffentlicht.

Der Regimewechsel in Serbien ist ja unmittelbar nicht geglückt, weil die Nato auf dem Schlachtfeld keinen Sieg errungen hat. Auch die Herauslösung des Kosovo aus der jugoslawischen/serbischen Staatlichkeit hat nicht wirklich funktioniert. Laut UN-Resolution 1244 ist der Kosovo Bestandteil Jugoslawiens bzw. Serbiens – bis heute. Daran ändert auch die Anerkennung Kosovos durch etwas mehr als die Hälfte der UN-Mitglieder nichts. Auch die fünf EU-Mitgliedsstaaten Spanien, Rumänien, die Slowakei, Griechenland und Zypern erkennen keine kosovarische Staatlichkeit an.

Wenn man sich ansieht, wie der Kosovo aktuell aussieht, kann man – post tragödiam – feststellen, welche Interessen hinter dem Krieg standen: Da ist einmal das vornehmlich US-amerikanische geopolitische Interesse, das kosovarische Territorium militärisch zu nutzen. Mit dem Bau des europaweit größten Militärlagers „Camp Bondsteel“ ist das gelungen. Wirtschaftlich gehört der Kosovo zur Euro-Zone. Für seinen wichtigsten und größten Betrieb, die Trepča-Minen, sucht die unter EU-Beobachtung stehende Privatisierungsagentur einen neuen Eigentümer, was durch die ungeklärte Staatlichkeit erschwert wird.

Nicht vergessen darf man auch, dass der Krieg gegen Jugoslawien für die US-amerikanische Waffenindustrie ein Versuchsfeld war. Da wurden z.B. Graphit- Waffen getestet, die im großen Umkreis ihres Einsatzes Kurzschlüsse verursachten und alle elektrischen Geräte vom Strom nahmen. Und dann war Kosovo (wie andere Teile Jugoslawiens auch) noch eine Art – zynisch gesagt – Entsorgungsgebiet für abgereichertes Uran. Dieses aus der Atomindustrie stammende Material mit Millionen von Jahren an Halbwertszeit müsste sicher gelagert werden. Stattdessen haben es die USA als panzerbrechende Munition verwendet. Die Bevölkerung des Kosovo leidet noch viele, viele Generationen an vermehrten Missbildungen von Neugeborenen und hohen Krebsraten, insbesondere Leukämie.

Wie schätzen Sie die aktuelle Entwicklung im Kosovo ein?

Der Kosovo ist, wirtschaftlich gesprochen, ein schwarzes Loch in der Mitte Europas. Seriöse Investoren schrecken vor der nicht geklärten Staatlichkeit zurück. So mancher der ins zivile Leben zurückgekehrten UCK-Kader bedient sich am ehemaligen Volkseigentum. Der Schwarzmarkt blüht, die Jugend emigriert. Und das alles unter der Ägide der nach wie vor existierenden UN-Verwaltung des Kosovo, dessen oberster Repräsentant zur Zeit der Afghane

Zahir Tanin ist. Solange es zu keiner einvernehmlichen Lösung zwischen Belgrad und Pristina kommt, wird sich an diesem Zustand nicht viel ändern. Zuletzt war im Sommer 2018 von beiden Seiten die Idee diskutiert worden, auf Basis eines Gebietstausches vom serbisch besiedelten Nord-Kosovo gegen das albanisch besiedelte Preševo-Tal Anerkennung und Frieden zu finden. Das gab Hoffnung, zumal sowohl der serbische als auch der kosovarische Präsident sich positiv dazu äußerten. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel funkte allerdings sogleich dazwischen und meinte, Grenzänderungen entlang ethnischer Linien seien inakzeptabel. Während der Unterstützung der kroatischen und bosnisch-muslimischen Sezessionswünsche in den 1990er Jahren und im Krieg gegen Jugoslawien 1999 hörte sich das noch anders an.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32440/32/324403252.jpg>

Mil-Inr.info: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Wie bereits mitgeteilt wurde, hatte die ukrainische Seite unter dem Vorwand der Schließung der Brücke am KPP „Staniza Luganskaja“ die einseitige Eröffnung der Autostraße Popasnaja – Perwomajsk geplant. Obwohl die Arbeiten zur Entminung nicht richtig durchgeführt wurden und obwohl ihr die Gefahr für die Einwohner, die die Abgrenzungslinie passieren, bewusst war, versuchte die Kiewer Regierung bis zum Letzten, den hinterhältigen Plan durchzuführen. Aufgrund der **gescheiterten Provokation mit der Eröffnung des Übergangs am KPP „Solotoje“** bereitet das verbrecherische ukrainische Regime eine **weitere Aktion zum Bruch des Waffenstillstands und zur Beschuldigung der Volksmiliz der LVR** bezüglich einer Verletzung des Regimes der Feueinstellung vor.

Nach Informationen aus zuverlässigen Quellen werden die ukrainischen Besatzer **in Richtung Popasnaja einen Artillerie- und Mörserbeschuss von Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie auf ukrainischen kontrolliertem Territorium** durchführen. Anschließend soll dies als Beschuss von Seiten von Soldaten der Volksmiliz der LVR dargestellt werden. Im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk, die für den 27. März geplant ist, bereitet die ukrainische Seite **inszenierte Materialien zur Diskreditierung der Führung der Republik** vor.

Gleichzeitig unterlässt Poroschenko die Versuche, die Macht in seinen Händen zu halten, nicht. Dazu ist er bereit, jegliche blutige Provokation durchzuführen, deren Opfer die Zivilbevölkerung sein kann.

Wir rufen die internationalen Beobachter- und Rechtsschutzorganisationen auf, die Kiewer Regierung zu zwingen, von der Realisierung ihrer verbrecherischen Absichten Abstand zu

nehmen.

de.sputniknews.com: **Nato-Raketen auf Belgrader Geburtsstation: Wie 48 Mütter mit Babys gerettet wurden**

Das Personal der Klinik im Zentrum von Belgrad, die im Mai 1999 von Nato-Flugzeugen angegriffen wurde, hat damals 48 Wöchnerinnen samt Babys gerettet. Darüber berichtete die Krankenschwester Elena Savić, Teilnehmerin dieser Ereignisse, im Gespräch mit Sputnik. Sie ist auch heute noch in der Klinik tätig.

Die Nato-Fliegerkräfte hatten nach Mitternacht am 20. Mai Marschflugkörper gegen die Klinik „Dr Dragiša Mišović“ abgefeuert. Bei dem Angriff wurden drei Patienten der Abteilung Neurologie getötet sowie sieben Gardisten, die sich in LKWs in der Nähe des Krankenhauses befanden. Weitere vier Soldaten erlitten schwere Verletzungen. Der Luftschlag war besonders gefährlich für die Abteilung Gynäkologie, in der sich Schwangere und Wöchnerinnen sowie Personalangehörige aufhielten.

„Freilich hatten wir einen Angriff für möglich gehalten (...). Aber das Krankenhaus arbeitete routinemäßig. An dem Tag, als das Bombardement erfolgte, hatten wir sehr viel zu tun – in unserer Dienstsicht mussten 48 Wöchnerinnen versorgt werden“, so Savić.

Zehn Minuten vor dem Raketenschlag sei ein Kaiserschnitt vorgenommen worden, sagte sie. Durch eine Detonationswelle wurde ihre Kollegin aus dem Operationsraum und sie selbst aus dem Nebenzimmer in den Flur getrieben. Die beiden Frauen eilten in die Intensivstation, wo sich in dieser Zeit eine Kollegin und fünf operierte Patientinnen befanden. Es habe weder Schreie noch Panik gegeben, erinnert sich die Krankenschwester. „Selbstverständlich machten sich die Mütter Sorgen um ihre Kinder. Als ihnen mitgeteilt wurde, dass die Kinder in Ordnung sind, beruhigten sie sich.“

Als erste seien die Kinder und dann ihre Mütter in Sicherheit gebracht worden, so Savić weiter. Nach ihren Worten wurde das Gebäude innerhalb von 20 bis 30 Minuten evakuiert. Man habe auf einen weiteren Schlag gewartet.

„Meine Kollegen hatten Kleinschnitte und Verletzungen durch Glassplitter bekommen. Wir wurden in der Chirurgie-Abteilung untersucht, nachdem die Frauen und die Kinder an einen anderen Ort gebracht worden waren“, so die Krankenschwester.

Am 24. März 1999 hatte die Nato unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates Bombenangriffe auf Jugoslawien gestartet, die bis zum 10. Juni andauerten. Nach verschiedenen Angaben kamen dabei rund 2500 Jugoslawen ums Leben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32445/43/324454387.jpg>

nachmittags:

rusvesna.su: **Die NATO bezeichnete die Bombardierung Jugoslawiens als „notwendig und legitim“**

Die NATO hält die Bombardierung Jugoslawiens 20 Jahre nach ihrem Beginn nach wie vor für notwendig und legitim, teilte der Pressedienst der Allianz mit.

Wie im Bündnis festgestellt wurde, wurde mit der Operation „Allied Force“ im Kosovo begonnen, „die humanitäre Katastrophe zu stoppen“.

„Diese Entscheidung wurde nach mehr als einem Jahr Kämpfen im Kosovo und mehreren erfolglosen Versuchen der UN und der Kontaktgruppe, deren Mitglied auch Russland war, eine friedliche diplomatische Lösung für diese Krise zu finden, getroffen. Der Einsatz der NATO-Streitkräfte war notwendig und legitim“, zitiert TASS aus der Erklärung des Bündnisses.

Darin wird betont, dass der Zweck der Operation darin bestanden habe, „alle Feindseligkeiten und Repressionen gegen die Zivilbevölkerung des Kosovo zu beenden und die Rückkehr der Flüchtlinge sowie den Zugang für humanitäre Organisationen sicherzustellen“.

Die Operation habe diese Aufgabe erfüllt, hieß es in der Zentrale.

Zuvor hatte die Ständige Vertretung Russlands bei der NATO erklärt, dass der Westen die Lektion der Tragödie in Jugoslawien nicht gelernt habe.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/bombardirovki_yugoslavii_1999_2.jpg

de.sputniknews.com: **Sacharowa antwortet auf Pompeos Erklärung zu Golanhöhen und Krim**

Der Westen tut laut der offiziellen Sprecherin des Außenministeriums Russlands, Maria Sacharowa, alles Mögliche, damit die Welt nichts über die reale Situation auf der Krim erfährt.

Die Diplomatin kommentierte so die jüngste Äußerung des US-Außenministers Mike Pompeo. Der US-Chefdiplomat sagte, dass sich die Anerkennung der Souveränität Israels über die Golanhöhen von der Situation hinsichtlich der Krim unterscheide.

Ihm zufolge entsprechen die Absichten Washingtons in vollem Maße der „realen Sachlage vor Ort“.

„Eben deswegen unternehmen Washington und Brüssel alles Mögliche, damit in der Welt

nichts von der realen Sachlage auf der Krim bekannt wird – sonst erfolgt die Anerkennung automatisch, wie aus der Logik des Außenministers folgt“, schrieb Sacharowa auf ihrem Facebook-Account.

Sie bedankte sich bei Pompeo und erwiderte, dass man in Moskau „alles verstanden“ habe und die Strategie der Informationsarbeit korrigieren werde.

Am 21. März hatte der US-Präsident Donald Trump erklärt, dass die Zeit gekommen sei, die Golanhöhen als israelisches Territorium anzuerkennen.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 14:20 Uhr das Feuer auf Wasiljewka mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss geriet das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation. Der Beschuss wurde in unmittelbarer Nähe der Maschinenhalle der Station festgestellt, das Personal befindet sich im Schutzraum.

de.sputniknews.com: „Terroristen sind immer noch stark“: US-General kommentiert die Lage in Syrien

Das sogenannte „Kalifat“ der Terrorgruppierung „Islamischer Staat“ ist zerschlagen, jedoch verstecken sich die Terrorkämpfer in den Lagern für die Binnenflüchtlinge und in den abgelegenen Gebieten. Der amerikanische Generalleutnant Paul LaCamera, Kommandeur der US-geführten Anti-IS-Koalition, hat sich am Samstag zu dem Thema geäußert.

„Man sollte sich nicht täuschen, der IS ist immer noch stark. Sie haben eine berechnende Entscheidung getroffen, um das, was von ihrem schrumpfenden Personal übrig geblieben ist, und auch eigene Fähigkeiten zu erhalten, indem sie auf die Lager für Binnenflüchtlinge und das Untertauchen in abgelegenen Gebieten gesetzt haben. Sie warten auf den richtigen Moment, um wieder voranzukommen“, heißt es in einer von der Koalition verbreiteten Erklärung LaCameras.

Ihm zufolge haben sich allein im letzten Monat mehr als 60.000 Terrorkämpfer und Zivilisten in der Ortschaft Baguz ergeben oder sind aus dieser geflohen. „Viele Zivilisten, die aus Baguz evakuiert wurden, gehören zu den Familien der IS-Kämpfer, und sie haben sich bewusst zur radikalen IS-Ideologie bekannt. Diese Familienmitglieder werden auf ihre Ideologie nicht so einfach verzichten“, fügte der US-Generalleutnant hinzu.

Er wies darauf hin, dass die US-geführte Anti-IS-Koalition und die internationale Gemeinschaft jetzt Maßnahmen ergreifen müssen, um die Bedingungen zu beseitigen, unter denen eine Wiederbelebung des IS möglich sei. „Wir müssen unsere Anstrengungen zur Bekämpfung ihrer Ideologie verdoppeln“, resümierte LaCamera.

Zuvor am Freitag soll der US-Präsident Donald Trump laut Medienberichten eine Landkarte der Region vor Journalisten präsentiert haben, die das ehemalige Ausbreitungsgebiet des IS zeigte, sowie eine zweite mit der aktuellen Lage vom Freitag. Nach dieser Karte hat der IS angeblich kein Gebiet mehr unter Kontrolle. „Gratuliere“, sagte Trump und fügte hinzu: „Ich glaube, es wird auch mal Zeit.“ Seine Sprecherin Sarah Sanders soll dazu gesagt haben, der IS sei „zu 100 Prozent“ besiegt.

Die USA und ihre Verbündeten führen seit 2014 eine Operation gegen den IS im Irak und in Syrien durch. Der US-Truppeneinsatz in Syrien erfolgt ohne Genehmigung der Behörden dieses Landes, die dieses Vorgehen als Okkupation betrachten.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.03.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner sechsmal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von fünf Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 24. und 92. mechanisierten Brigade sowie der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegerverbrecher Guds, Bryshinskij und Mischantschuk aus **Mineralnoje, Staromichajlowka, Jasinowataja** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegerverbrechers Kuratsch **Sachanka** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die **Feuerstellungen des Gegners unterdrückt**. Im Gebiet von Nowomichajlowka wurden zwei Kämpfer aus der 24. mechanisierten Brigade der BFU vernichtet, drei wurden verletzt. Infolge des Beschusses, der eine weitere Bestätigung der Weigerung der ukrainischen Kämpfer, ihre Verpflichtungen zu erfüllen sind, **starben zwei Verteidiger der Republik**. Im Zusammenhang mit der Verschiebung der Rotation ist das moralisch-psychische Niveau des Personals der 58. Panzergrenadierbrigade erheblich gesunken. Am 22. und 23. März wurden neun Fälle von eigenmächtigen Verlassen des Stationierungsortes durch Soldaten des Brigade festgestellt, neun davon mit der Waffe. In diesem Zusammenhang hat das Brigadekommando eine Zusammenarbeit zwischen Einheiten des Innenministeriums, der Nationalgarde der Ukraine und dem staatlichen Grenzdienst der Ukraine zur Suche nach den Flüchtigen organisiert, um ein Übergehen der Soldaten auf das Territorium der Republik zu verhindern.

Die zunehmenden Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils sind nicht das einzige Problem des ukrainischen Militärkommandos. Die Soldaten wollen nach wie vor nicht dienen, es werden Fälle von Selbstverletzung festgestellt, um von der Front abgezogen zu werden und in Behandlung zu kommen. So hat sich am 20. März ein Soldat des 137. Bataillons der 36. Marineinfanteriebrigade selbst in die linke Hand geschossen, um Kampfaufgaben im vordersten Bereich zu entgehen. Ein ähnlicher Fall geschah auch im 503. Bataillon der Marineinfanteriebrigade. Zu diesen Vorfällen erfolgt eine Untersuchung. Außerdem führt die Militärstaatsanwaltschaft eine Untersuchung zum Fall eines Mörserbeschusses auf das 1. Bataillon der 24. mechanisierten Brigade von den Positionen des „Rechten Sektors“ aus durch, in dessen Folge der Soldat des Bataillons Michail Wjatscheslawowitsch Martynow starb.

Die Situation mit dem **Personaldefizit**, nicht kampfbedingten Verlusten und dem Unwillen in der ukrainischen Armee zu dienen, **zwingt das Kommando der BFU zu äußersten Maßnahmen**. So wurden Fälle festgestellt, dass die Brigadekommandeure wehrpflichtige Soldaten gezwungen haben, kurzfristige Verträge über sechs Monate zu unterschreiben, um sie dann die OOS-Zone zu schicken.

de.sputniknews.com: Volkswagen könnte Ukraine Richtung Serbien verlassen – Medien
Der deutsche Konzern Volkswagen könnte laut serbischen Medienberichten seine Betriebskapazitäten in der Ukraine einmotten und die Autoproduktion nach Serbien verlegen, wo die wirtschaftliche und politische Situation stabil sei.

Die im Dorf Solomonowo (westukrainische Region Transkarpatien) ansässige Aktiengesellschaft „Eurocar“ liefert derzeit Fahrzeugmodelle Audi A4 und A6, Škoda Fabia, Octavia, Seat Leon, Altea und Toledo. Die Betriebskapazitäten erlauben es, bis zu 45.000 Fahrzeuge im Jahr zu bauen. Doch wegen der wirtschaftlichen Situation in der Ukraine, die sich seit dem Jahr 2016 verschlechtert hat, liefert das Autowerk jetzt weniger als ein Zehntel davon. So sind 2016 nur noch 4.000 Fahrzeuge vom Band gelaufen. Laut den Medienberichten betrachtet Volkswagen nun Serbien als ein Land, wo eine Multi-Brand-Produktion organisiert werden könnte. VW-Mitarbeiter haben sich mit Milenko Kostić, dem Chef des Unternehmens, das Škoda-Wagen importiert, in Verbindung gesetzt.

Laut Kostić wäre der „Umzug“ des VW-Konzerns in sein Land ein fantastisches Ereignis. Die für den Bau eines solchen Betriebes erforderlichen 300 bis 400 Hektar Land gebe es in der nördlichen Provinz Vojvodina, so Kostić.

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić erklärte dazu:

„In Bezug auf die Organisation des Volkswagen-Business ist Serbien das stärkste und stabilste Land im Vergleich zu den anderen Staaten, die an solchen Investitionen interessiert sind. Das sind die Türkei, Rumänien, Bulgarien und noch ein Land.“ Vučić will Verhandlungen mit VW-Vertretern führen, die an der in Belgrad laufenden Automesse teilnehmen.

Die Entscheidung des deutschen Autokonzerns zur Produktionsaufnahme in Serbien soll im April bekanntgegeben werden

mil-lnr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Trotz des Rückgang der Intensität des Beschusses bleibt die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR angespannt.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko wurde das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Von den Positionen der 30. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte wurde die Umgebung von **Kalinowka** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Den Befehl zur Durchführung des Beschusses erteilte der Kriegsverbrecher Garas..

Insgesamt wurden **45 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert**.

Aufgrund der gescheiterten Provokation mit der Eröffnung eines Übergangs am KPP „Solotoje“, die durch die Veröffentlichung der entsprechenden Information verhindert werden konnte, hat das verbrecherische ukrainische Regime eine weitere Aktion zur Untergrabung des Waffenstillstands und um die Volksmiliz der LVR der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen unternommen.

Heute um 7:55 Uhr haben bewaffnete Formationen der Ukraine Solotoje-5, das in der Nähe der Kontaktlinie liegt, mit Granatwerfern beschossen. Dieser Beschuss wird als Beschuss von Seiten der Soldaten der LVR dargestellt werden.

Nach Informationen von zuverlässigen Quellen arbeiten im Gebiet von Popasnaja und Solotoje-4, die unter Kontrolle der Kiewer Kämpfer sind, bereits Filmteams der von Poroschenko kontrollierten Informationsagenturen „5. Kanal“ und „ICTV“, um gefälschte Fakten über einen Beschuss von unserer Seite darzustellen.

Ich erkläre verantwortlich, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen und das Regime der Feuereinstellung streng einhält. Unsere Soldaten haben mit den Beschüssen des o.g. Gebiets nichts zu tun. Die gesamte Verantwortung für diese Handlungen liegt beim Kommando der „OOS“ sowie beim Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade dem Kriegsverbrecher Majstrenko, der den Befehl zum Beschuss auf die friedliche Bevölkerung erteilt hat. ...

abends:

de.sputniknews.com: Nach Nato-Bombardierungen: Fast 40.000 neue Krebserkrankungen pro Jahr in Serbien

20 Jahre nach den Nato-Bombardements wird in Serbien bei bis zu 40.000 Patienten jährlich Krebs diagnostiziert. Dies teilte die Leiterin der Abteilung für Neuroonkologie des klinischen

Zentrums Serbiens, Danica Grujičić, mit.

Die Nato-Bombenanschläge auf Jugoslawien im Jahr 1999, bei denen Tausende Menschen getötet und verletzt wurden, waren unter dem Vorwand des Schutzes der albanischen Bevölkerung der autonomen Provinz Kosovo und Metochien vor den Aktionen der serbischen Armee und Polizei eingeleitet worden.

Anfang Juni 2018 war ein aus Wissenschaftlern, Rechtsanwälten, Militärs und Ärzten bestehendes Koordinierungsgremium bei der serbischen Regierung gebildet worden, um die Auswirkungen der Bombenangriffe zu untersuchen.

„In Serbien mit seiner Bevölkerung von etwa sieben Millionen Menschen wird jährlich bei bis zu 40.000 Personen Krebs diagnostiziert“, sagte Dr. Grujičić.

„Unser berühmter Onkologe, Professor Slobodan Čikarić, ist der Ansicht, das empfindlichste menschliche Organ für erhöhte Bestrahlung sei das Knochenmark. Der Professor analysierte Fünfjahreszeiträume – fünf und zehn Jahre nach den Bombardements. Dabei stellte er fest, dass die Zahl der Leukämie- und Lymphomen-Kranken um 180 Prozent anstieg, was bedeutet, dass das Knochenmark betroffen war. Die Sterblichkeitsrate war um 200 Prozent angestiegen.“ ...

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 18:40 Uhr das Feuer mit 120mm-Mörsern in Richtung **Dolomitnoje** eröffnet. Dabei wurde ein Haus in der Shelesnodoroshnaja-Straße 13, in dem zwei Rentnerinnen leben, durch einen direkten Treffer auf das Dach beschädigt. Nach uns vorliegenden Informationen gibt es keine Verletzten.

de.sputniknews.com: **Keine Korruptionsermittlungen gegen Poroschenko: EU dementiert Aussagen Timoschenkos**

Die EU hat die Erklärung der Präsidentschaftskandidatin der Ukraine, Julia Timoschenko, dementiert, dass das europäische Antikorruptionsbüro (OLAF) gegen den Amtsinhaber Petro Poroschenko eine Ermittlung wegen Korruption eingeleitet habe. Dies berichtet das Online-Medium „Ewropejskaja Prawda“ unter Berufung auf die OLAF-Vertretung in der Ukraine.

„OLAF (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung – Anm. d. Red.) bestätigt, dass es keine Ermittlungen im Zusammenhang mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gibt. Sollten irgendwelche Informationen auftauchen, die für eine Ermittlung von Interesse sein können, wird OLAF diese im Rahmen unserer üblichen Verfahren bewerten“, heißt es in einer Mitteilung des Pressedienstes des europäischen Antikorruptionsbüros.

Zuvor war berichtet worden, Timoschenko habe erklärt, dass die EU und die USA gegen den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und seine Umgebung eine Ermittlung wegen Korruption eingeleitet hätten. Ihr zufolge handelt es sich um OLAF, das europäische Antikorruptionsbüro, und SFO, die britische Strafverfolgungsbehörde für schwere Betrugsdelikte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32410/79/324107983.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Flugzeug führt Aufklärung an russischen Grenzen**

Der US-Jet für elektronische Aufklärung Boeing RC-135V Rivet Joint ist durch die Fluginformationszone des Gebiets Kaliningrad geflogen, wie die Monitoring-Ressource „Plane Radar“ mitteilte.

Nach Angaben des Portals sei der Aufklärer von einem britischen Luftstützpunkt gestartet, habe Kurs auf das Baltikum genommen und dann den Luftraum des Gebiets Kaliningrad erkundet.

Der Flug habe in 3.500 Metern Höhe stattgefunden.

In der letzten Zeit haben sich die Aktivitäten der ausländischen Aufklärungsflugzeuge und Drohnen nahe der russischen Grenzen und Militärobjekte intensiviert. Die ausländischen Fluggeräte militärischer Zweckbestimmung tauchen regelmäßig über der Ostsee, über der Region Krim und Krasnodar sowie bei russischen Luftstützpunkten in Syrien auf.

Kürzlich seien an den russischen Grenzen nicht nur US-Aufklärer, sondern auch strategische Atombomber gesichtet worden. So hatte zum Beispiel eine Boeing B-52H zuvor mehrmals das Bombardement einer Basis der Baltischen Flotte simuliert, aber dann sofort gewendet, nachdem sie von Überwachungsmitteln der russischen Luftabwehr erfasst worden sei.

Darüber hinaus habe Russland mehrmals seine Kampffjets Su-27 wegen der US-B-52H in die Luft aufsteigen lassen.

Russische Behörden haben wiederholt Bedauern wegen der Handlungen von Washington ausgedrückt. In Moskau war betont worden, dass die Flüge der US-Jets an der Staatsgrenze nicht zur Verbesserung der Atmosphäre von Sicherheit und Stabilität führen würden.